

## Forderungspapier Klimagerechtigkeit zur Landtagswahlkampagne des Landesjugendringes

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz unterstützt das weltweite Engagement junger Menschen für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Es betont die Bedeutung des Pariser Klimaabkommens zur Reduzierung der globalen Erderwärmung sowie der ebenfalls 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Die SDGs sind rahmengebend für unsere Forderungen. Politiker\*innen sollen sich zu diesen Zielen bekennen und sich für deren Umsetzung in allen gesellschaftlichen Bereichen einsetzen.

Der Leitspruch der Agenda 2030 „Leave no one behind!“, also niemanden zurückzulassen, bedeutet: Es reicht nicht, an jeden Menschen zu appellieren,

sein individuelles Verhalten zu ändern. Denn wir haben nicht alle die gleichen Voraussetzungen und Chancen, dies auch zu tun. Deswegen muss es darum gehen, genau diese Chancengleichheit herzustellen. Wir müssen die Verhältnisse und Strukturen verändern, damit es allen Menschen möglich ist, nachhaltig zu leben.

Durch die Orientierung an den 17 Zielen der Agenda 2030 nimmt eine zukunftsorientierte Politik das Engagement der jungen Menschen ernst und schafft damit gleichzeitig Strukturen für eine sozial wie ökologisch nachhaltige Jugendarbeit.

Wir brauchen Arbeitsstrukturen und politische Rahmenbedingungen, die nachhaltiges Handeln ermöglichen. Dafür benötigen wir besonders die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:



Die Einführung einer Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut.



Die Qualifizierung von Fachkräften und eine institutionelle Ausstattung mit finanziellen sowie personellen Ressourcen, um das Engagement junger Menschen im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich durch eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ konzeptionell aufzugreifen.



Die Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland und der EU, damit Unternehmen Verantwortung für die Herstellungsbedingungen ihrer Produkte übernehmen.



Eine verbindliche gesetzliche Regelung auf Landesebene, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ökologische und soziale Kriterien entlang der Lieferkette einzuhalten (Anpassung des Landestariftreue- und Vergabegesetzes).



Eine Steigerung der Anbaufläche für ökologischen Landbau auf mindestens 20% zur Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz und eine Förderung der Landwirtschaft insgesamt an einer Wirtschaftsweise im Einklang mit der Umwelt.



Unterstützung der vom Klimawandel bereits betroffenen Ländern bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Förderung der Arbeit von entwicklungspolitischen Organisationen in Rheinland-Pfalz.

Unerlässlich bleibt eine systematische und transparente Prüfung und Bewertung der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Verwendung von Landesmitteln.